

IWF und gewerkschaftlicher Kampf in Bolivien

Autor(en): **Pillco, Angel / Aebi, Susanne**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft [2]: **Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital**

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652653>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Keiner dieser drei Vorschläge konnte bisher auch nur annähernd verwirklicht werden, Brasilien hat nach seinem Moratorium wieder mit dem IWF Verhandlungen aufgenommen. Mexico versucht sich als „Musterknabe“ unter den Schuldnerländern zu profilieren. (Als Belohnung wurden kleinere Risikozuschläge über dem allgemeinen Zinssatz gewährt). Peru hat sich dem Diktat des IWF und der Privatbanken beugen müssen. Die Situation der Schuldnerländer hat sich seit Ausbruch der Krise 1982 verschlechtert, während sich die Position der Gläubigerbanken v.a. wegen massiver Rückstellungen auf Dritt-Welt-Kredite wesentlich verbessert hat. (Vgl. die genaueren Ausführungen zu den Entschuldungsstrategien in: Dieter Boris (Hg.), *Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie.* Köln 1987)

* Die Übersetzung des Referatstextes von Oscar-René Vargas, vorgetragen auf dem Schuldenkongress in Zürich 1988, besorgte Urs Sekinger.

Interview mit Angel Pillco *

IWF und gewerkschaftlicher Kampf in Bolivien

S. Aebi: Welche Organisation vertrittst du?

A. Pillco: Ich bin Mitglied des nationalen Exekutivkomitees des einzigen Gewerkschaftsbundes der landwirtschaftlichen Arbeiter Boliviens. Wir wurden am letzten Kongress von Potosi im Juli 88 gewählt, wo alle Nationalitäten unseres Landes durch ihre demokratisch gewählten Abgeordneten vertreten waren. Als gewerkschaftliche Organisation sind wir der „Central Obrera Boliviana“ angeschlossen.

Sind alle bolivianischen Gewerkschaften der „Central Obrera Boliviana“ angeschlossen?

Die COB konstituiert sich durch die Gewerkschaften, welche die organisierten Sektoren der Arbeiter- und Bauernklasse vertreten, wie z.B. die Minen- und Fabrikarbeiter, die Techniker (constructores), Studenten, Intellektuelle und andere organisierte Sektoren des Landes.

Zuerst möchte ich dich fragen, welche Haltung die bolivianische Regierung gegenüber dem IWF und der Weltbank einnimmt?

Also, die Regierung ist ein treuer Repräsentant des nordamerikanischen Imperialismus. Deshalb gehorcht sie den Diktaten von IWF und Weltbank. Was die US-Regierung betrifft, so besitzt diese einen grossen Teil der Aktien des Fonds und bestimmt so die Wirtschaftspolitik des Landes durch US-Berater und in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsministern der jetzigen Regierung Boliviens, einer Allianz zwischen dem „Movimiento Nacionalista

Revolucionario“ und der Partei des Ex-Diktators Banzer, der „Accion Democratica Nacionalista“. Sie haben ihre Interessen im Parlament vereinigt, um unpopuläre und antinationale Erlässe durchzusetzen. Die Hauptforderungen des IWF in bezug auf neue Kreditvergaben hiessen hauptsächlich: die Schliessung von Fabriken, die Privatisierung des Erziehungswesens und die wiederholte Einschränkung der Rechte der Minenarbeiter durch Schliessung der staatlichen Mineralgesellschaften. Gleichzeitig gaben sie dem privaten Sektor Vorschub, damit dieser freie Hand bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern erhalte, sodass auf diese Art alle Rechte, die die Arbeiterklasse erkämpft hatte, zunichte gemacht wurden; die Folge waren Hunger und Elend. Wegen dieser unterwürfigen Haltung der bolivianischen Regierung haben die gewerkschaftlichen Organisationen sowie die Volksorganisationen begonnen, aktive Opposition zu leisten, hauptsächlich deshalb, weil die Massnahmen der Regierung gegen das eigene Volk gerichtet waren.

Ausserdem existiert in Bolivien eine tiefe Krise, trotz einer sogenannten wirtschaftlichen Erholung, die vor drei Jahren angekündigt wurde, jedoch bis heute kaum Veränderungen gebracht hat. Im Gegenteil, heute sind 27'000 Minenarbeiter auf der Strasse, Tausende von Arbeitslosen suchen ihre Überlebensgrundlage, und in anderen grossen Sektoren verdient man so wenig, dass die Ernährung nicht gesichert ist. In dieser Situation konnte nun gezeigt werden, dass IWF-Politik direkte Auswirkungen auf Bolivien zeitigt. Deshalb wehren sich die Volksorganisationen gegen diese Massnahmen, obwohl der Staat mit starker Repression, mit Morden und Massakern unsere Forderungen nach unseren Rechten zu unterdrücken versucht.

Wie hoch verschuldet ist Bolivien, und in welche Sektoren teilt sich diese Verschuldung auf?

Die bolivianische Aussenverschuldung beträgt rund 5 Mrd. Dollar. Der grösste Teil dieser Schuld besteht gegenüber dem IWF; daneben existieren bilaterale Schulden mit Nachbarländern, wie Argentinien, Brasilien oder Peru. Und schliesslich ist Bolivien gegenüber den internationalen Privatbanken verschuldet, die sich um den Pariser Klub konstituiert haben. Die Kredite sind vorwiegend in private Sektoren geflossen und nur in geringerem Masse in die öffentlichen Sektoren. Die Kapitalflucht stammt vorwiegend aus diesen privaten Sektoren; diese besitzen ihre Depositen in US-Banken, aber auch in Banken der Schweiz. Das heisst, dass sich dort die bolivianischen Schulden befinden, die die Imperialisten unseren Diktatoren geliehen haben und die diese im monopolistischen und korrupten Sektor verschwendet haben.

Die Arbeiter- und Bauernklasse hat von diesen Krediten nichts erhalten und anerkennt deshalb keine Verpflichtungen gegenüber dem IWF. Der grösste Teil des Agrarsektors bekam keine Kredite der Regierung, obwohl die Kredite angeblich der Verbesserung dieses Sektors (Mechanisierung etc.) gegolten hatten. Auf der anderen Seite entstand auch für die Arbeiter keine verbesserte Situation durch die Kredite, die der Fabriksektor erhielt, nicht einmal die Arbeitsverhältnisse haben sich verbessert; die Kredite wurden nie für die vorgegebenen Ziele eingesetzt. So wurden zwar minime Inve-

stitutionen getätigt, bloss als Legitimierung, der grosse Rest aber wanderte auf ausländische Banken. Der grösste Teil der bolivianischen Aussenverschuldung geht auf den Ex-Diktator Banzer Zuares zurück, der Rest auf die „dictadores de turno“ und andere sogenannte demokratische Regierungen.

Dich als Vertreter einer einheimischen Bauern-Organisation möchte ich fragen, welches die direkten oder vielleicht besser indirekten Folgen der IWF/ Weltbank-Politik und welches die praktischen Konsequenzen für die Bauern sind?

Unter den Auswirkungen IWF-konformer Massnahmen, die die Landwirtschaft betreffen, sind die Folgen des freien Importes, des freien Spiels von Angebot und Nachfrage in der landwirtschaftlichen Produktion die überwiegendsten. Solche Massnahmen liquidieren die schwache bäuerliche Wirtschaft. Eine andere Massnahme, die uns betrifft, ist die Mehrwertsteuer über den Verkauf der Produkte und die Besteuerung des Bodens, inklusive des Landbodens, der nicht bebaut wird, sondern der Viehnutzung dient. Durch diese Massnahmen steigen die Produktionskosten der Agrarprodukte im Vergleich zu den Nachbarländern und deren latifundistischen Unternehmen, die von der Regierung Kredite erhalten, also viel billiger produzieren und somit den Schmuggel organisieren können.

Obwohl in Bolivien eine Landreform stattfand – das Land wurde unter denjenigen verteilt, die es bearbeiteten, dies aufgrund der Kämpfe der Bauern 1952 –, gab es nach dieser wichtigen Reform keine technische oder finanzielle Hilfe für den Agrarsektor mehr. Im Gegenteil, es entstand ein neuer latifundistischer Sektor im Zusammenhang mit dem Drogenhandel, unterstützt durch die bolivianischen Diktatoren. Aus diesem Grund blieb die Produktion der Bauern sehr rudimentär und auf niedriger Stufe; dazu kommt, dass die ländlichen Produktionszentren der Kleinbauern sehr schlecht erschlossen sind. Wie wenn dies nicht schlimm genug wäre für die Misere der Bauern, arbeitete die Regierung in den letzten Jahren einen Plan aus, die „ley general de desarrollo agrario“, der eindeutig in die Richtung einer neuen Liberalisierung des Grossgrundbesitzes weist. Das bedeutet, dass die kleinen Agrarproduzenten wieder zu Landproletariern unter einem neuen „Patron“ degradiert werden und zwar mit den raffiniertesten Mitteln der Ausbeutung des bolivianischen Bauerntums. Dieses Gesetz wird zur Zeit von gewerkschaftlichen Kreisen und in deren Zentren vom Gewerkschaftsbund der Bauern Boliviens trotz den genannten Repressionen bekämpft. Wir glauben an die Kraft der Gerechtigkeit, mit der die proimperialistische Regierung ja übrigens auch rechnet; überzeugt von unserer Sache, werden wir weiter die Massen durch Informationen vorbereiten, um in diesem Konflikt besser organisiert zu sein.

Gegen den IWF/Weltbank-Kongress in West-Berlin gab es internationale Proteste. War dies die erste Massenbewegung in Bolivien gegen IWF und Weltbank, oder gab es bereits vorher Kampagnen gegen diese imperialistischen Institutionen?

Innerhalb der nationalen Volksorganisationen ist eine starke antiimperialistische Kampf Stimmung festzustellen, und darin enthalten war auch der

Kampf gegen IWF und Weltbank. Proteste gegen die Regierung und Aufklärungskampagnen in den verschiedenen Sektoren, die zur Verschuldung beigetragen haben, verstärkten sich ab 1976, während der Diktatur Banzers, getragen von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. In den Seminarien, Kongressen und Konferenzen und anderen Aktivitäten nahm das organisierte Volk klar gegen die Verschuldung Stellung. 1983, anlässlich einer Konferenz über die Folgen der Aussenverschuldung in der Universität von La Paz, kam es zu lokalen Bewegungen, die sich klar gegen die Regierung und gegen den Fonds artikulierten. Zuvor gab es verschiedene Seminarien der verschiedenen Sektoren, wie z.B. des Mineralsektors, des Fabriksektors, des landwirtschaftlichen Sektors und anderer organisierter Sektoren. In diesen Seminarien wurden Resolutionen ausgearbeitet, mit deren Hilfe die Basis über die Folgen der Aussenverschuldung informiert und aufgeklärt werden sollte. Es ging darum, den Diktator Banzer, der den grössten Teil der Verschuldung zu verantworten hatte, und die regierende Oligarchie, die davon profitierte, zu denunzieren.

Weshalb, glaubst du, existiert diese kämpferische Tradition Boliviens nicht auch in anderen Ländern Lateinamerikas?

In Bolivien hatte sich seit der Präsenz Che's Ende der 60er Jahre ein Bewusstsein nationaler Würde gegen die imperialistischen Pläne, wie auch immer diese sich offenbarten, herausgebildet. Deshalb weiss das Volk, dass der IWF eine andere Form des Imperialismus verkörpert, dieses Mal die Form der ökonomischen Unterdrückung unseres Landes. Ausserdem erlebt das Volk am eigenen Leib die imperialistische Macht in Bolivien durch die jetzige grosse Krise, durch die Folgen der Inflation, durch Entlassungen und die täglichen Repressionen.

Welche Pläne habt ihr für die weitere Kampagne gegen IWF und Weltbank in Bolivien?

In erster Linie planen wir dieses Jahr eine Versammlung der Nationalitäten durchzuführen. Als Diskussionspunkte stellen wir den permanenten Kampf gegen die Aussenverschuldung zur Debatte. Desweiteren soll über die Möglichkeit der Kontakte mit anderen betroffenen Ländern diskutiert werden sowie über die Errichtung einer permanenten Kommission zwecks Austausches von Information und Erfahrungen. Nur von solchen Zielen her können wir an eine generelle, vereinte Kampagne aller Länder denken.

Zum Schluss möchte ich den Companeros in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland für ihre Solidarität herzlich danken.

* Das Interview mit Angel Pillco hat Susanne Aebi in Zürich im Dezember 1988 am Institut für Information Internationaler Kooperation und Entwicklung (INIIKE) geführt. Übers. v. A. Österreicher.